

Karlheinz Kopf: Grüne Investitionen statt grüner Bürokratie

WKÖ-Generalsekretär Karlheinz Kopf zieht im Gespräch mit ÖKO+ Bilanz über die abgelaufene Legislaturperiode. Die nächste Bundesregierung sollte die Instrumente zur Erreichung der Klimaneutralität kritisch überdenken.

ÖKO+: Herr Generalsekretär, welche Ereignisse aus dieser Gesetzgebungsperiode sind besonders in Erinnerung geblieben?

Karlheinz Kopf: Besonders war die Zeit rund um die Pandemie. In dieser Phase war es entscheidend, schnell zu helfen, um wirtschaftlichen Schaden für den Standort abzuwenden. Mit Erfolg, denn die Corona-Hilfen haben wesentlich dazu beigetragen, Arbeitsplätze zu sichern. Ein weiteres zentrales Ereignis war die Energiekrise im Sommer 2022. Hier wurden Entlastungsmaßnahmen, wie der Energiekostenzuschuss I und II umgesetzt – leider jedoch erst nach langem politischem Tauziehen. Trotzdem bleiben im Energiebereich viele offene Baustellen. Die Energiepreise liegen weiterhin über dem Vorkrisenniveau, was vor allem die Wettbewerbsfähigkeit unserer Betriebe massiv beeinträchtigt. Hier gibt es dringenden Handlungsbedarf für die nächste Regierung.

Was sind die zentralen Aufgaben für die nächste Regierung im Bereich Klimapolitik?

Die nächste Regierung und die neue EU-Kommission müssen den Weg zur Klimaneutralität neu denken. Wir bekennen uns zu den Klimazielen und erkennen, dass darin Chancen liegen. Gleichzeitig darf die Erreichung der Klimaneutralität nicht auf Kosten der Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen gehen. Die derzeitigen Maßnahmen führen jedoch zu einer Flut an Bürokratie, die insbesondere Klein- und Mittelbetriebe überfordert. Wir brauchen daher unbürokratische, unternehmensfreundliche und praxistaugliche Rahmenbedingungen. Nur so werden grüne Investitionen wirklich in Europa getätigt und nicht außerhalb. Das bedeutet, den Mut zu haben, den European Green Deal und seine beschlossenen Rechtsakte kritisch auf ihre Praxistauglichkeit zu

prüfen und gegebenenfalls anzupassen. Darüber hinaus müssen wir erkennen, dass unsere Klimapolitik in Österreich in eine europäische Klimapolitik eingebettet ist. Nationale Alleingänge verzerren den Binnenmarkt und führen zu ineffizienten Lösungen.

Können Sie den letzten Punkt konkretisieren? Welche Aspekte des Green Deals sollten überdacht werden?

Nehmen wir zum Beispiel das Lieferketten-Reporting und die Entwaldungs-Verordnung. Diese Regelungen sind zwar gut gemeint, stellen aber in ihrer jetzigen Form eine erhebliche bürokratische Belastung für Unternehmen dar. Das führt dazu, dass manche Unternehmen ihre Produktion ins Ausland verlagern, wo die Auflagen geringer sind. Dies schadet nicht nur der heimischen Wirtschaft, sondern dem globalen Klimaschutz, da Emissionen einfach in andere Länder verlagert werden.

Ein weiteres Beispiel ist der Carbon Border Adjustment Mechanism (CBAM). Dieser soll eigentlich verhindern, dass emissionsintensive Unternehmen ins Ausland abwandern. Allerdings gibt es hier problematische Aspekte. Es ist nicht sinnvoll, dass österreichische Unternehmen, die beispielsweise für 150 Euro Stahlschrauben aus einem Nachbarstaat der EU importieren, die Treibhausgase entlang der gesamten Lieferkette detailliert berichten müssen. Das geht zu weit und erzeugt unnötige Bürokratie. Wir sollten den Mut haben, über den Tellerrand zu schauen und von anderen Ländern zu lernen – wie etwa von den USA, die mit ihrem Inflation Reduction Act positive Steueranreize schaffen, um Investitionen in erneuerbare Energien und klimafreundliche Technologien zu fördern. Das ist ein pragmatischer Ansatz, der Investitionen belohnt, anstatt zusätzliche bürokratische Hürden aufzubauen.

In Europa gibt es ja bereits das Emissionshandelssystem (EU-ETS). Reicht das nicht aus?

Grundsätzlich befürwortet die Wirtschaft den europäischen Zertifikathandel. Dieser gibt eine klare Richtung bei der Emissionsreduktion vor und setzt auf einen marktwirtschaftlichen Mechanismus statt auf Verbote. Die Politik neigt aber dazu, durch Ge- und Verbote die positiven Effekte des Emissionshandels zu unterminieren. Wir sollten uns fragen, ob wir nicht nach dem amerikanischen Vorbild auf positive Anreizmaßnahmen setzen könnten, um Investitionen in klimafreundliche Technologien weiter zu fördern.

Eine wichtige Aufgabe der nächsten Regierung wird es sein, Maßnahmen zu entwickeln, die Unternehmen bei der nachhaltigen Transformation unbürokratisch unterstützen. Eine Möglichkeit ist beispielsweise die Anpassung des Transformationsfonds. Außerdem muss die kommende Regierung sicherstellen, dass die



Foto: Marek Kroppe

Überführung des schon etablierten nationalen CO₂-Preisungssystems in den künftigen EU-ETS II für Gebäude und Verkehr reibungslos verläuft, damit es zu keiner doppelten Besteuerung kommt und die Bürokratie für die Inverkehrbringer auf ein Minimum beschränkt wird.

Welche Rolle spielt Wasserstoff bei der nachhaltigen Transformation?

Wasserstoff ist eine von mehreren Schlüsseltechnologien auf dem Weg zur Klimaneutralität und hat insbesondere dort Potenzial, wo eine direkte Elektrifizierung nicht möglich ist. Allerdings sind die aktuellen politischen Vorgaben für den Import und die Produktion von grünem Wasserstoff schlichtweg unrealistisch, wie der Europäische Rechnungshof in einem Sonderbericht festgestellt hat. Viele notwendige Voraussetzungen wie Fernleitungs- und Verteilnetze fehlen noch. Daher fordern wir von der neuen Regierung nicht nur ein Bekenntnis zur Wasserstofftechnologie, sondern eine klare Strategie für die Produktion, den Import und den Infrastrukturausbau für Wasserstoff. Ohne diese Grundlagen bleibt der Ausbau des Wasserstoffsektors ein Luftschloss.

Abseits von Wasserstoff und Klimapolitik – welche energiepolitischen Forderungen haben Sie an die nächste Regierung?

Die Energiekrise im Jahr 2022 hat uns deutlich vor Augen geführt, dass es beim Thema Energie nicht allein um die Dekarbonisierung geht, sondern um wettbewerbsfähige Energiepreise und Versorgungssicherheit. Diese Aspekte sind essenziell bei der Sicherung des Wirtschaftsstandorts Österreich. Die aktuellen Strompreise sind einfach nicht hilfreich, um Mittel für Investitionen etwa in grüne Technologien frei zu machen. Für die Wettbewerbsfähigkeit brauchen wir daher leistbare Energiepreise, ähnlich

jenen vor der Russland-Ukraine-Krise. Damals war Energie in Österreich günstiger als zum Beispiel in Spanien oder Nordeuropa, heute ist es umgekehrt.

Ist das alles, günstige Energiepreise und das war's?

Nein. Neben dem weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien brauchen wir vor allem den entsprechenden Ausbau der Netzinfrastruktur. Ein wichtiges Instrument dafür ist das Erneuerbaren-Ausbau-Beschleunigungs-Gesetz (EABG), welches die Verfahren beschleunigen sollte. Leider wurde es von der derzeitigen Regierung nicht umgesetzt. Hier muss die nächste Regierung rasch handeln. Zudem müssen Instrumente entwickelt werden, die den Ausbau und Erhalt der Energienetze finanzieren und gleichzeitig sicherstellen, dass die Kosten für Unternehmen tragbar bleiben. Das wird eine der großen Herausforderungen der kommenden Jahre sein.

Sie sind als oberster Manager der Wirtschaftskammer, Stichworte Pandemie, Energiekrise und zuletzt Hochwasser, oft im Krisenmodus – was erwarten Sie für die Zukunft?

Zunächst hoffe ich, dass es in Zukunft weniger derartige Krisen geben wird. Krisen zwingen einen immer zum Reagieren und blockieren Ressourcen für proaktive Politik für die Zukunft der Wirtschaft. Trotzdem möchte ich manche Effekte dieser Krisenzeiten nicht missen: Der Zusammenhalt in der Wirtschaft und speziell in der Wirtschaftskammer-Organisation über alle Mitarbeiter:innen hinweg war und ist großartig. Was wir etwa gemeinsam in den ersten Tagen und Wochen der Corona-Pandemie im Jahr 2020 auf die Beine gestellt haben, hat sehr viel positive Resonanz gefunden. Dafür möchte ich mich noch einmal – über die gute „alltägliche“ Arbeit hinaus – bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ganz herzlich bedanken. Mit einer so tollen und motivierten Belegschaft sind derartig spannende Zeiten, wie sie auf uns zukommen, optimistisch anzugehen: Neue EU-Kommission, neue Bundesregierung und bald eine neue US-amerikanische Führung. In Summe erwarte ich weniger Krisen, mehr Normalität und mehr Zeit und Energie für proaktives Handeln, allen voran natürlich – speziell im Energiebereich – große Schritte in Richtung mehr Versorgungssicherheit, Diversifizierung der Energie- und Rohstoff-Lieferanten sowie in Richtung Dekarbonisierung. ●



Levin Spiegel MSc (Eurochambres)

spiegel@eurochambres.eu